

Richard Jewells Rache. Sportliche Großveranstaltungen als wechselseitige Sicherheitsinszenierungen*

I.

Die „15 Minuten des Ruhms“ gerieten für Richard Jewell qualvoll lang. In dem medialen Blitzlichtgewitter der Olympischen Spiele von Atlanta nahm er für einige Zeit eine prominentere Rolle ein als die erfolgreichsten Athleten. Er fand am 27.7.1996 eine Bombe in der Innenstadt, deren Detonation zwar nicht verhindert, aber in ihrer Auswirkung begrenzt werden konnte. Aus dem Helden und Retter wurde aber bald ein Verdächtiger: Übergewichtig und unbeholfen, noch bei den Eltern lebend und gelegentlich beschäftigt entsprach er so gar nicht dem beschwingten Erfolgsmenschenideal, das die sportliche Großveranstaltung in den US-Medien mit einer gehörigen Beigabe nationaler Hybris inszenierte (ein Fernsehkanal gab als Motto aus: „Silver-medalists are losers too“!). Wer nicht durch körperliche Fitness und belohnten Siegeswillen glänzen kann, der wird auf andere Weise im olympischen Spektakel Aufmerksamkeit auf sich lenken wollen, so lautete die implizite Unterstellung der Sicherheitsbehörden und der begierig kolportierenden Presse, gefolgt von der expliziten Unterstellung: Jewell habe die Bombe selbst gelegt, um sich durch das Auffinden wichtig zu machen. Es folgte eine für ihn demütigende Zeit der öffentlichen Zurschaustellung als angeblich geltungssüchtiger Versager – mit selbsterfüllendem Effekt: Jewell fand danach nicht mehr in ein geordnetes Berufsleben zurück und starb verbittert, chronisch krank und isoliert im August 2007 mit nur 44 Jahren.

Im Oktober 1996 waren bereits alle Anschuldigungen gegen Jewell zurückgezogen worden, doch das Gefühl der Schmach lastete auf seinem verbleibenden Leben. Vielleicht auch, weil die Verdächtigungen in Ahnungen gründeten, die Jewell zu Unrecht trafen, die aber in der sich ausbildenden, sicherheitspolitischen „Lage“ großer Sportveranstaltungen ihre Anhaltspunkte hatten: Die fluktuierenden Rollen von Sicherheitsrisiko und Sicherheitswahrer, zwischen Gefährder, Gefährdeten und Gefahrenabwehrern gehören dazu, aber auch die gleichfalls verschwimmenden

* Mit Dank an Mark Ollenburger (University of Minnesota).

Grenzen zwischen Zuschauern und Akteuren. Das, was dem Individuum Jewell als Verleumdung widerfuhr, ereilt die Sicherheitsgewährleistung bei Großveranstaltungen als kollektive Herausforderung – eine „späte Rache“ in polemischer Sicht, wenn auch keine Genugtuung für das Opfer.

II.

Als vor etlichen Jahren das SAT.1-Format „ran“ die Bundesligakurzberichterstattung übernahm, mussten sich viele Fußballfans schmerzhaft umgewöhnen. Nur selten gab es zusammenhängende Spielzüge zu sehen, dafür aber die Tore in mehrfachen Perspektiven und Wiederholungen, gefolgt von der Reaktion des Trainers auf das Tor, der Reaktion des gegnerischen Trainers, des gesperrten Stars und des verletzten Torwarts auf der Bank, dem Jubel des Vereinsvorsitzenden, dem Verdruss der Gattin des Gegentrainers auf der Tribüne, dem stoischen Gleichmut des Bundestrainers ... Heute ist diese Zerstreuung Gemeingut auch der öffentlich-rechtlichen Berichterstattung: Das Spektakel wird als ein wechselseitiges dargeboten, bei dem der eigentliche Sport nur als ein Impuls im Hin und Her des Agierens, Sehens und Gesehenwerdens vereinnahmt wird. Regelmäßig erscheinen bei Fußballübertragungen fröhliche (meist gutaussehende, weibliche) Zuschauer, die, da von der Kamera entdeckt, nun wiederum sich selbst auf der Übertragungsleinwand entdecken und euphorisch ihrem eigenen Bild zuwinken. Aus Abbildung und Sehen entsteht hier eine Schleife und die Devise „Dabeisein ist alles!“ gewinnt dadurch eine neue Bedeutung, die die traditionelle, passive Zuschauerrolle hinter sich lässt.

In einer massiv auf Visualisierung ausgerichteten Zivilisation kann darin eine Grundtendenz vermutet werden. Wo „im Bilde sein“ als lustvolle Erfahrung des Wichtig-Seins gewertet wird, kann auch die Ausdehnung der visuellen Überwachung (z. B. durch CCTV) überraschend leicht Akzeptanz finden. Eine Gesellschaft, die derart viele Kameras auf sich richtet, ist nämlich nicht nur in dem Sinne „reflexiv“, dass sie alle Beobachteten tendenziell in Verdächtige verwandelt (Stummvoll 2007: 115) und die Bewegung in der öffentlichen Sphäre generell als „riskant“ einfärbt. Die Verdächtigen sind zugleich auch Darsteller in einer „no risk no fun“-Atmosphäre: Da, wo Kameras sind, muss ja „was los sein“, und die mediale Selbstrepräsentation ist die begehrteste Form der Expressivität, selbst wenn man sich dafür in Nachmittagsshow's blamieren darf.

Doch solche Interpretationsausweitungen sind natürlich hochspekulativ und sie gehen den zweiten Schritt vor dem ersten. Damit mediale Bilder wirkmächtig sind, muss nämlich erst einmal ein Geschehen abbildbar sein. Die Aufforderung, die mediale Welt mit Geschehen zu füttern, richtet sich nicht nur an die Akteure auf dem

Rasen – sie ist allerdings auch nicht mit der Garantie einer wunschgemäßen Würdigung verbunden (wie Richard Jewell schmerzhaft erfahren musste). Die aktive Anreicherung des Gesamtevents „Sport“ durch Gesänge, La Ola-Wellen und Entrollen von Riesenbannern ist erwünscht; warum aber, so fragen sich manche Überaktive, soll dann bei Feuerwerkskörpern Schluss sein? Nicht nur die Rollenverteilung zwischen Spielfeld und Tribüne verschwimmt, sondern auch die Bewertungsmaßstäbe für das allgemeine „Dabeisein“ zerbröseln. Britische Sportsociologen entdeckten den vermehrt auftretenden Typus des „Hoolifans“ – eines Zuschauers, der positiv auf die Randalie reagiert, auch wenn er sie selbst nicht betreibt, der im Krawall den Unterhaltungswert entdeckt und die eigenen „Hools“ im Namen des Clubs „siegen“ sehen möchte (Rookwood/Pearson 2012: 158). Selbst die gegnerischen „Hooligans“ erlangen manchmal unerwartete Wertschätzung: Als im April 2012 die Hamburger Polizei gegen die Rostocker Fans für das Auswärtsspiel beim FC St. Pauli ein Kartenverkaufsverbot verhängte, reisten diese für eine angemeldete Demonstration außerhalb des Stadions an – und wurden darin von den „Erzfeinden“ aus St. Pauli unterstützt (Glindmeier 2012). Die erwartbaren Randalie waren nun lediglich örtlich verlagert. Polizeiliches Handeln war hier nicht Begrenzung von Gefahren, sondern Umverteilung von Risiken: von Stadionbesuchern auf Anwohner – doch wir können nicht ausschließen, dass sich in *beiden* Gruppen auch ergötzte Zuschauer des Gewaltspektakels befanden.

III.

Solche Lagen erzeugen strategisches Grübeln (vgl. den Tagungsbericht Wölki-Schumacher/Schütte 2011) – beispielsweise bei einer Polizei, der die Konturen der Schutzwürdigen und der Störer abhandeln kommen und die damit rechnen muss, dass ihre Sanktionen nur eine Rolle im Drehbuch des Gesamtspektakels füllen. Rückzug oder Verpreisung wären menschlich verständliche Reaktionen einer so verunsicherten Ordnungsmacht, doch liegen diese Optionen nicht im Trend gegenwärtiger Sicherheitspolitik. Die immer wieder aufflackernde Diskussion um die Kosteneintreibung für Polizeieinsätze bei Sportgroßveranstaltungen thematisiert beide Optionen, allerdings in einer rückwärtsgewandten Weise. Die Vorstellung, man könne differenzieren zwischen einer polizeilichen „Grundversorgung“ auf den öffentlichen Zuwegen einerseits und andererseits den „Sondervorteilen“ zugunsten preiseintreibenden Sportveranstaltern, die besser den kommerziellen Sicherheitsdienstleistungen im Stadion überlassen werden sollten (Schmidt 2007: 121), vernachlässigt den überschwappenden Zug der Sicherheitsproblematik, der manchmal – wie das St. Pauli-Beispiel lehrt – von den Sicherheitskräften selbst verstärkt wird. Für

eine Gebührenkompensation zugunsten einer Polizeiarbeit sowohl im Außen- als auch im Innenbereich könnte immerhin sprechen, dass die Gesamtheit der am Sport-Event teilhabenden Menschen sowohl in der Rolle der Gefährdeten als auch in der Rolle der Risikoproduzenten auftritt. Ein über den Eintrittspreis abgewälzter „Polizeikostenbeitrag“ würde also, so könnte man meinen, das richtige Kollektiv treffen und die Lasten für die Allgemeinheit mindern.

Dieser Gedankengang verfehlt allerdings einen wesentlichen Grundzug gegenwärtiger sportlicher Großveranstaltungen: sie sind *politisch* gewollte Risikozuteilungen. An deren Charakteristika versagt auch die dramatisierende Sprache der „urban warfare“-Literatur, in der die Sicherheitsproblematik von „Mega-Events“ meist in den Kontext der Exklusion unliebsamer Populationen, dem Errichten von Barrieren und Kontrollen in der Stadtlandschaft und der Maximierung von Überwachung und Erzwingung gerückt wird (z. B. Graham 2010: 112 ff.).

Solche Symptome sind keineswegs frei erfunden, die Fixierung auf sie führt aber zu einer Unterschätzung anderer Herausforderungen der Sicherheitspolitik. Die Grundorientierung beim Schutz von Mega-Events mag *auch* Komponenten der maximalen Bedrohungsszenarien (Terrorismus) und der darauf bezogenen maximalen Prävention enthalten. Die Risiken, die sich auf der Umsetzungsebene präsentieren, sind aber nicht nur „abstrakte“ und global auftretende dieser Art (Krasmann 2011: 59 f.), sondern auch lokal herbeigeführte, ja erwünschte, die „gemanaged“ sein wollen. Der Logik der Exklusion und der maximalen Gefahrenvorsorge muss immer auch die Logik der Inklusion und des ermöglichenden „risk-policing“ beigeordnet werden. Störer, Missliebige, Stadtumbauopfer etc. werden vom Geschehen abgedrängt, aber Mega-Events erreichen ihre Dimensionen nur als große Einladungen – und auch die Gewährleistung dieser Offenheit mit all ihren möglichen Überraschungsgästen schafft polizeiliche Aufgaben (Crawford 2011: 496 f.).

Auf dieser Diskussion lastet allerdings ein langer Schatten: München 1972. Bereits im Vorfeld waren diese Olympischen Spiele als „Sommermanöver“ der kooperierenden Sicherheitsorgane kritisiert worden – als Feldversuch für mehr Polizeipräsenz und Überwachung und für verschärfte Reglementierung (Henschen/Wetter 1972: 130 ff.). Gleichzeitig mokierten sich die Kritiker aber auch über die verordnete Offensive der Heiterkeit, Gastfreundschaft und Entspanntheit (ebd.: 112), die ebenfalls zur Signatur der Spiele gehören sollte. In München wollte die verantwortliche Politik zeigen, dass Deutschland „mehr kann“ als Polizei – und gerade letztere versagte im tragischen Verlauf des Anschlags. Es schien, dass dadurch der Zielkonflikt zwischen „Standortmarketing“ und Event-Sicherung für die Folgezeit entschieden war: Der Aufbau der Sicherheitsapparate (z. B. GSG 9) wird immer wieder gern als Beleg für eine solche Zäsur herangeführt. Die reinen Sicher-

heitskosten für Olympische Spiele scheinen ebenfalls zu bestätigen, dass diesem Pfad weiter gefolgt wurde: Sie stiegen z. B. von 66,2 Millionen US-Dollar für Barcelona 1992 auf geschätzte 6,5 Milliarden US-Dollar für Peking 2008 (Giulianotti/Klauser 2010: 50). Diese Ausmaße wurden aber nicht erreicht, weil das sympathiewerbende Motiv der Ausrichter nachgelassen, sondern weil es an Bedeutung gewonnen hat. Einfach gesprochen: Wenn man aus Image-Gründen Polizei weniger sichtbar machen will, braucht man mehr von ihr, beispielsweise wegen verlängerter Reaktionszeiten und schwächerer Ordnungsfunktionen. Überwachungstechnologien können natürlich Lücken schließen, und die Terrorismusabwehr verlässt sich ohnehin weniger auf sichtbaren, polizeilichen Außendienst. Aber für die alltäglichen Risiken bei Mega-Events bleibt dann allenfalls noch die Alternative des „policing by proxy“ – etwa durch den Sicherheitsbeitrag von kommerziellen Anbietern (auch über die Drittwirkung durch Versicherungen) und durch Bürgerbeteiligung.

Die Privatisierungsstrategie liegt natürlich nahe, wenn die Spiele selbst in einer „Billigversion“ auf Distanz zum Staat organisiert werden – so geschehen in Los Angeles 1984. Diese Bedingungen sind schwerlich übertragbar – nicht allein weil in anderen Ländern kalifornische Besonderheiten (etwa eine starke, private Event-Industrie, Traditionen des Sponsorings, wenig öffentliche Verkehrssysteme und Versammlungsorte) rar sind (Häußermann/Siebel 1993: 17 f.), sondern auch, weil auf diesem Wege der zentrale Sinn der neueren Spiele verfehlt würde. Ging es in Los Angeles vor allem darum, Bund und Staat von dem Kostenrisiko abzuschotten, so sollten bei späteren Spielen und Weltmeisterschaften explizit Staat und Nation, ja „die Menschen“ schlechthin, ins Boot geholt werden. Ausdrücklich wird immer wieder propagiert: Es geht um die Selbstrepräsentation als würdiger Veranstaltungsort, als herzlicher Gastgeber, als aufstrebende (neue) Nation, als weltoffenes Handels- und Tourismuszentrum. *Anschub* wird ebenso erhofft: für Stadtbaumaßnahmen, für erneuerte Infrastrukturen, für einen neuen Patriotismus usw. Solche Mobilisierung braucht man gar nicht erst erhoffen, wenn sich schon der Staat in Gestalt der nationalen und regionalen Regierungen heraushält. Wenn involviert, ist allerdings für den Staat auch keine Abstinenz bei der Sicherheitsgewährleistung mehr denkbar – weder bei den Kosten, noch bei der Strategie.

IV.

In sicherheitspolitischer Perspektive birgt das Problem auch eine Chance: Die erstrebte Anschub- und Mobilisierungswirkung kann auf deren Absicherung reflektierend ausstrahlen. In diesem Sinne sind „Eisbrecher“-Wirkungen beobachtet worden. In Vancouver brachten – nach zwei vergeblichen Anläufen der Polizei – die

Winterspiele 2010 den Durchbruch für eine extensive Videoüberwachung – die Anlagen wurden anschließend überwiegend weiterbetrieben bzw. vorgehalten (Vonn/Boyle 2012: 177 f.). Weder vorher noch nachher fuhren Stadt und Provinz dabei allerdings eine Maximalstrategie. Der Risikocharakter der Spiele sollte nicht etwa getilgt, sondern es sollten den Besuchern sichere Zonen und Passagen mit besonderem Schutz bekannt gemacht werden. Ebenso war der Hauptzweck des späteren CCTV-Einsatzes, einem Vergnügungsdistrikt nicht etwa seinen „lebhaften“ Charakter zu rauben; die Risiken sollten aber kontrolliert und vertretbar bleiben.

Eine ähnliche Akzeptanzstrategie wirkte beim deutschen „Sommermärchen“ von 2006: Sie erlaubte ein Ausmaß an Kooperation zwischen Polizei und Sicherheitsgewerbe, das bis dahin ebenso undenkbar war wie die Einbeziehung der FIFA-Komitees in die Entscheidungsprozesse (Bach 2008: 150, 164 ff.). Eine weitere Innovation war der Einsatz von 12.000 „volunteers“, die als unterstützende Ansprechpartner zum Sicherheitsgefühl an den Spielorten beitragen sollten. Gleichgewichtig auf Wachsamkeit *und* Freundlichkeit geschult, sollten sie wohl auch den Zielkonflikt zwischen Image- und Sicherheitspolitik abmildern helfen.

Die dazu gehörige Besonderheit der WM 2006 war die prominente Rolle des „public viewing“. Diese Übertragungs- und Party-Orte verdanken ihre Entstehung einem ursprünglich sicherheitspolitischen Impuls. Fans, die ohne Eintrittskarten anreisen, sollte ein Anlaufziel geboten werden, das sie vom Marodieren ablenkt. Außerdem boten die abgegrenzten Plätze gute Voraussetzungen für den Einsatz kommerzieller Ordnungsdienste. Der „Mehrwert“ der Events fand sich darin, dass eine Nation medial in Volksfeststimmung inszeniert werden konnte – und darüber auch in diese Stimmung geriet. Dieses Arrangement setzt die Erkenntnis um, dass nicht einerseits Mobilisierung, Begeisterung und Belustigung weiter Bevölkerungskreise erstrebt und andererseits Risiko strikt minimiert werden kann. Klüger ist es, Risiko zu kanalisieren, ja gegebenenfalls eigene „Risikoangebote“ zu machen.

Hier schlägt dann manchmal Individualpsychologie in eine eher seichte „Massenpsychologie“ um. Beim Wiedereingliedern von delinquenten Hooligans bewährten sich vor allem Projekte, die auf Engagement in Kampfsportarten setzten. Um das Ausleben von Aggressionen mit der Internalisierung von Regeln und Sozialbeziehungen zu zügeln, war wohl mehr „kick“ erforderlich als zahmere Sportarten offerieren (Jenkins/Ellis 2011: 128). Analog bieten „public viewing“-Plätze eine riskante kollektive Umwelt, um auch für weniger harmlose Fans attraktiv zu sein, diese aber dann in gut beobachtbare Positionen zu lozieren. Die anfangs geschilderte Wechselseitigkeit von Sehen und Gesehen-Werden erscheint hier in neuem Licht.

Zudem mag die angewandte Psychologie krude sein, sie unterscheidet sich darin aber nicht vom Handwerkszeug der überkommenen Polizeitaktiken. Die Einsicht, dass nicht jeder in einer problematischen Zuschauergruppe ein gewalttätiger Aggressor ist, mag bei vielen Polizisten vorhanden sein; in der konfrontativen Einsatzsituation hat es diese Erkenntnis aber offenbar immer noch genau so schwer wie im darauf vorbereitenden Training (Hoggett/Stott 2010). Die sanktionierenden Maßnahmen gegen „crowds“ sind in den Polizeien vieler Länder einsatztaktisch immer noch stärker routinisiert als Schutzmaßnahmen für Menschen in „crowds“ (Frosdick 2010: 86).

Polizeiführungen bei Sportgroßveranstaltungen haben somit ein Passungsproblem: einerseits ein zunehmend verschwommenes Bild von Normalbürgern, Störern, Schaulustigen, Gefährdeten und Gefährdern, auf der anderen Seite kollektive Einsatzformen der Polizei, die diesen Facettenreichtum eher negieren. Diese Aussage gilt vor allem für konfrontative Situationen. Wir erleben zurzeit rund um aktuelle Großereignisse einen Suchprozess: Wie können solche Konfrontationen vermieden werden? Die Antworten sind vielfältig, doch sie laufen fast alle im Kern auf „Beobachtung“ hinaus: durch Technologien, durch eigene „Risikoangebote“, durch Fanprojekte und auch durch den Beitrag partizipierender und wachsamer Bürger. Diesen sollten aber tunlichst die Erfahrungen eines Richard Jewell verschwiegen werden.

Literatur

- Bach, Stefanie*, 2008: Die Zusammenarbeit von privaten Sicherheitsunternehmen, Polizei und Ordnungsbehörden im Rahmen einer neuen Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland. Beobachtungen und Analysen im Zusammenhang mit der FIFA WM 2006, Holzkirchen.
- Crawford, Adam*, 2011: From the shopping mall to the street corner: dynamics of exclusion in the governance of public space, in: Adam Crawford (Hrsg.), *International and Comparative Criminal Justice and Urban Governance. Convergence and Divergence in Global, National and Local Settings*. Cambridge/New York, 483-518.
- Frosdick, Steve*, 2010: Policing, safety and security in public assembly facilities, in: *International Journal of Police Science and Management* 12 (1), 81-89.
- Giulianotti, Richard/Klauser, Francisco*, 2010: Security Governance and Sport Mega-Events: Toward an Interdisciplinary Research Agenda, in: *Journal of Sport and Social Issues* 34 (1), 49-61.

- Glindmeier, Mike*, 2012: Gemeinsam gegen die Hamburger Polizei, Spiegel Online, 20.4.2012, <http://www.spiegel.de/sport/fussball/0.1518.828637.00html> (Stand: 23.4.2012).
- Graham, Stephen*, 2010: *Cities Under Siege: The New Military Urbanism*, London/New York.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter*, 1993: Die Politik der Festivalisierung und die Festivalisierung der Politik. Große Ereignisse in der Stadtpolitik, in: dies. (Hrsg.), *Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtpolitik durch große Projekte*, Op-laden, 7-31.
- Henschen, Hans-Horst/Wetter, Reinhard*, 1972: *Anti-Olympia. Ein Beitrag zur mutwilligen Diffamierung und öffentlichen Destruktion der Olympischen Spiele und anderer Narreteien*, München.
- Hoggett, James/Stott, Clifford*, 2010: Crowd psychology, public order police training and the policing of football crowds, in: *Policing. An International Journal of Police Strategies and Management* 33 (2), 218-235.
- Jenkins, Craig/Ellis, Tom*, 2011: The highway of hooliganism? An evaluation of the impact of combat sport participation on individual criminality, in: *International Journal of Police Science and Management* 13 (2), 117-131.
- Krasmann, Susanne*, 2011: Der Präventionsstaat im Einvernehmen. Wie Sichtbarkeitsregime stillschweigend Akzeptanz produzieren, in: Leon Hempel/Susanne Krasmann/Ulrich Bröckling (Hrsg.), *Sichtbarkeitsregime. Überwachung, Sicherheit und Privatheit im 21. Jahrhundert*, Wiesbaden, 52-70.
- Rookwood, Joel/Pearson, Geoff*, 2012: The hoolifan: Positive fan attitudes to football hooliganism, in: *International Review for the Sociology of Sport* 47 (2), 149-164.
- Schmidt, Thorsten Ingo*, 2007: Der Anspruch auf Ersatz von Polizeikosten bei Großveranstaltungen, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik* 40 (4), 120-123.
- Stummvoll, Günter P.*, 2007: Ordnungskrise und Sicherheitspluralisierung. Kriminalpolitik in der Reflexiven Moderne, in: *Vorgänge* 46 (2), 110-117.
- Vonn, Micheal/Boyle, Philip*, 2012: Video Surveillance in Vancouver. The Legacies of the Games, in: Aaron Doyle/Randy Lippert/David Lyon (Hrsg.), *Eyes Everywhere. The Global Growth of Camera Surveillance*, Abingdon/Oxon/New York, 174-184.
- Wölki-Schumacher, Franciska/Schütte, Michael*, 2011: "Dialog schafft Sicherheit" – Konfliktmanagement der Polizei im Fußball, in: *Die Polizei* 102 (8), 231-238.

Korrespondenzanschrift:

Prof. Dr. Rainer Prätorius
Institut für Verwaltungswissenschaft
Helmut Schmidt Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg
22039 Hamburg
E-Mail: W_Praeto@hsu-hh.de



Sozialpolitik zwischen Tradition und Moderne

Staatliche Regelungen im Schnittfeld von
Arbeitsmarktintegration und Reproduktion
in Deutschland, Frankreich und Spanien

Von Eva Katharina Sarter

2012, ca. 240 S., brosch., ca. 44,- €

ISBN 978-3-8329-7601-9

Erscheint ca. Juli 2012

Die Studie stellt einen neuen Ansatz der kultur-sensiblen international vergleichenden Analyse von Sozialpolitik dar. Ausgehend von einer historischen Analyse wird die Bedeutung kulturell geprägten Verständnisses für beschäftigungsnahe sozialpolitische Regelungen in Deutschland, Frankreich und Spanien exemplarisch aufgezeigt.

Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/15244



Nomos